

Die Stadtverordnetenvorsteherin



Niederschrift

über die 28. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rödermark (Sitzung Nr. 6/2014)

am Dienstag, 07.10.2014, um 19:30 Uhr
in Halle Urberach (Mehrzweckraum), Am Schellbusch 1 Urberach

Anwesend sind:

Herr Roland Kern
Herr Jörg Rotter
Frau Sylvia Baumer
Frau Anna-Monika Gierszewski
Herr Hans-Peter Hente
Frau Karin Lühe von der
Herr Werner Popp
Frau Brigitte Beldermann
Herr Michael Baumer
Herr Sebastian Beetz
Frau Liane Burkhard
Herr Reimund Butz
Frau Nina Daum
Herr Michael Gensert
Herr Stefan Gerl
Herr Dr. Alexander Görlich
Herr Ralph Hartung
Herr Stefan Junge
Herr Franz Keck
Herr Horst-Peter Knapp
Herr Tobias Kruger
Herr Armin Lauer
Herr Friedhelm Mersmann
Herr Manfred Rädlein
Frau Mona Reusch
Frau Hannelore Röhrig
Herr Karl Schäfer
Herr Gerhard Schickel
Herr Herbert Schneider

Herr Michael Spieß
Herr Maximilian Steiger
Herr Hans Sulzmann
Herr Jochen Weiland
Herr Dr. Rüdiger Werner
Herr Jochen Zeller
Herr Engin Karadeniz
Frau Susanne Morian
Herr Günter Bihm
Herr Thomas Mörsdorf

Es fehlen:

Herr Sven Sulzmann
Herr Stefan Billing
Herr Hans-Jürgen Daum
Frau Perihan Demirdöven
Herr Bernd Drescher
Frau Adrienne Erkelenz
Herr Thomas Graf
Herr Hidir Karademir
Frau Christiane Lotz
Herr Dieter Rebel
Herr Peter Schröder
Herr Norbert Schultheis
Herr Herbert Beschmann

Zuhörer:

20

Tagesordnung:

- TOP 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin
- TOP 2 Mitteilungen des Magistrats
- TOP 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung
- TOP 4 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0157/14-1
- TOP 4.1 Änderungsantrag der FDP-Fraktion: "Änderung der Hauptsatzung"
Vorlage: FDP/0225/14
- TOP 5 Änderung der Satzung der "Stiftung Rödermark (Ober-Rodener Spendung)"
Vorlage: VO/0174/14
- TOP 6 Städtebaulicher Vertrag Teil 2 zum Planvorhaben "Westlich des Bahnhofs"
Vorlage: VO/0184/14
- TOP 7 Verkauf des Grundstücks Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 386/2 mit 307 m²
sowie den dazugehörigen KFZ-Stellplätzen Nr. 386/8 mit 33 m² zuzüglich
1/5-tel Miteigentumsanteil an der Gemeinschaftsfläche 386/11 und 1/4-tel
Miteigentumsanteil von 386/10 zusammen 64 m²
Erich-Kästner-Straße 38C - Projekt "Junge Familien"
Vorlage: VO/0190/14
- TOP 8 Verkauf der Grundstücke Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 346 Erich-
Kästner-Straße 19 mit 671 m² und Nr. 347 Karl-May-Weg 10 mit 694 m²
Vorlage: VO/0200/14
- TOP 9 Jahresabschluss 2013
Vorlage: VO/0197/14
- TOP 9.1 Jahresabschluss 2013
Vorlage: VO/0197/14_1
- TOP 10 Entschuldungsfonds - Bericht erstes Halbjahr 2014
Vorlage: VO/0191/14
- TOP 11 Antrag der SPD-Fraktion: Sozialwohnungen
Vorlage: SPD/0207/14
- TOP 11.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion: Sozialwohnungen
Vorlage: SPD/0221/14
- TOP 11.2 Änderung zum Antrag der SPD-Fraktion "Sozialwohnungen" vom
15.09.2014- modifiziert mit Vorlage der SPD-Fraktion vom 02.10.2014
Vorlage: CAL/0226/14
- TOP 12 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen:
Sicherstellung einer Vergabepraxis von Plätzen an Gymnasien im Kreis
Offenbach ohne Benachteiligung Rödermärker Kinder
Vorlage: CAL/0208/14
- TOP 12.1 Sicherstellung einer Vergabepraxis von Plätzen an Gymnasien im Kreis
Offenbach ohne Benachteiligung Rödermärker Kinder
Vorlage: CAL/SPDFDP/0227/14_1

TOP 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen:
Apfelweinkultur
Vorlage: CAL/0209/14

Protokoll:

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Sitzung, begrüßt die Mitglieder und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 1 Mitteilungen der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Stadtverordnete der CDU-Fraktion Frau Maria Rebel Krug hatte im September 2014 gegenüber dem Wahlleiter die Niederlegung ihres Amtes erklärt.

Nächste Bewerberin bzw. Bewerber des Wahlvorschlages der CDU Fraktion waren:

- Herr Josef Fluck
- Frau Angela Heilig
- Herr Dr. Alexander Görlich

Nachdem zuerst Herr Fluck und dann Frau Heilig ihr Mandat niedergelegt haben, ist Herr Dr. Alexander Görlich der nächste Bewerber des Wahlvorschlags der CDU-Fraktion.

Die Stadtverordnetenvorsteherin fragt Herrn Dr. Görlich, ob er die Wahl annimmt. Dieser bejaht.

Danach begrüßt die Stadtverordnetenvorsteherin Herrn Görlich in diesem Gremium und weist ihn darauf hin, dass er verpflichtet ist, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilzunehmen. Herr Görlich wird um Verschwiegenheit (§ 24 HGO) gebeten und darum ersucht, bei einem Widerstreit der Interessen (§ 25 HGO) dies anzuzeigen und bei entsprechend zu behandelnden Punkten an Beratung und Abstimmung nicht teilzunehmen.

Feststellung der Tagesordnung:

Im Ältestenrat wurden folgende Festlegungen getroffen:

Unter TO A sollen die Tagesordnungspunkte 5, 7 und 8 behandelt werden.

Die Stadtverordnetenvorsteherin bittet die Stadtverordneten um ihr Einvernehmen die Tagesordnungspunkte 5, 7 und 8 en bloc unter TO A abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

Danach lässt sie die Tagesordnungspunkte 5, 7 und 8 en bloc unter TO A

abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung:	CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung:	/
Enthaltung:	/

TOP 9 und TOP 10 bleiben im Geschäftsgang und werden auf die Stadtverordnetenversammlung am 18.11.2014 geschoben.

Zur Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2014:

Die Stadtverordnetenvorsteherin stellt fest, dass es keine Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung gibt und diese somit als genehmigt gilt.

1. Mitteilung der Stadtverordnetenvorsteherin

Die Stadtverordnetenvorsteherin teilt mit, dass sie in Kürze plane, im Benehmen mit dem Bürgermeister, gemäß den Vorschriften des § 8 a HGO, eine Bürgerversammlung einzuberufen.

Diese Bürgerversammlung zum Thema „Planungsvorhaben – Odenwaldstraße 40-46“ soll am 30. Oktober um 18.30 Uhr in der Kulturhalle statt-finden.

Hierzu werde sie die Bürgerinnen und Bürger von Rödermark einladen.

Ebenso teilt die Stadtverordnetenvorsteherin mit, dass es seit der letzten Stadtverordnetenversammlung folgende Geburtstage gab:

17. Juli	Mona Reusch (50)
23. Juli	Liane Burkhard (61)
26. Juli	Stefan Billing (52)
01. September	Nina Daum (31)
03. September	Anne-Monika Gierszewski (67)
05. September	Bernd Drescher (73)
12. September	Michael Gensert (48)
14. September	Jochen Weiland (44)
25. September	Armin Lauer (48)
06. Oktober	Stefan Junge (56)

In Namen aller Stadtverordneten gratuliert die Stadtverordnetenvorsteherin herzlich zum Geburtstag.

Auf den Tischen ausgelegt finden die Stadtverordneten vor:

- Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/Die Grünen zur „Schulkindbetreuung an der Grundschule in Urberach“

- Austauschseite zu TOP 4 – VO/0157/14-1 „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rödermark“
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu TOP 4 – VO/0157/14-1 „Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rödermark“
- Austauschvorlage zu TOP 9 – VO/0197/14 „Jahresabschluss 2013“
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu TOP 11 – Vorlage SPD/0207/14 „Sozialwohnungen“
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/Die Grünen zu TOP 11 – Vorlage SPD/0207/14 „Sozialwohnungen“
- Änderungsantrag der CDU-Fraktion, Fraktion Andere Liste/Die Grünen, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion zu TOP 12 – Vorlage CAL/0208/14 „Sicherstellung einer Vergabepraxis von Plätze an Gymnasien im Kreis Offenbach ohne Benachteiligung Rödermärker Kinder“
- Mitteilung des Magistrates zur „Kenntnisnahme von der Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben,“
- Kommunalpolitische Terminvorschau für die Monate Oktober, November und Dezember 2014
- Sitzungskalender der Gremien für das Jahr 2015
- Einladung zu den Frühjahrslehrgängen des Freiherr-vom-Stein-Institutes für Mandatsträger
- Aktuelle Übersicht zur Beschlussverfolgung

zu 2 Mitteilungen des Magistrats

Die Mitteilungen sind dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Bürgermeister Kern verliest die Mitteilungen des Magistrats.

Rückfragen von Herrn Lauer zum neuen kommunalen Finanzausgleich beantwortet Herr Kern sogleich.

zu 3 Anfragen gem. § 16 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

3.1 Anfrage der SPD-Fraktion betrifft: Behindertengerechte/Barrierefrei Wohnungen der Stadt

Erster Stadtrat Rotter beantwortet die Anfrage.

3.2 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/Die Grünen betrifft: Thematik Odenwaldstraße/Hitzel & Beck

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch Bürgermeister Kern.

3.2 Anfrage der CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/Die Grünen betrifft: Schulkindbetreuung an der Grundschule in Urberach

Bürgermeister Kern beantwortet die Anfrage.

Nachdem die Anfragen mündlich beantwortet wurden bittet Herr Lauer darum, die Beantwortung schriftlich den Fraktionen nachzureichen.

Bürgermeister Kern sagt dies zu.

zu 4

Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rödermark
Vorlage: VO/0157/14-1

Bürgermeister Kern begründet die Vorlage des Magistrates. Danach folgt die Begründung von Herrn Kruger zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion. Nach den Stellungnahmen der Fraktionen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin zuerst über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Beschlussvorschlag Änderungsantrag FDP-Fraktion:

1.)

Der Satzungsbeschluss (Entwurf zur Vorlage VO/0157/14-1) wird um folgenden Paragraphen („7a“) ergänzt:

§ 7a

Film- und Tonaufnahmen und "Live-Streaming"

1. Film- und Tonaufnahmen durch die Medien mit dem Ziel der Veröffentlichung sind in öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zulässig.
2. Die öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung können mit Bild und Ton aufgezeichnet und ohne zeitlichen Verzug und ohne nachträgliche inhaltliche Veränderung auf der Internetseite (www.roedermark.de) als sogenannter "Live-Stream" der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
3. Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die eine Aufzeichnung ihrer Person in der Stadtverordnetenversammlung ablehnen, haben dies dem/der Stadtverordnetenvorsteher/ in vor Beginn der Sitzung anzugeben. In diesem Fall sind die Aufnahmen für das Live-Streaming so zu gestalten, dass die Rechte des/der widersprechenden Stadtverordneten gewahrt werden.
4. Das weitere Verfahren regelt die Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderungssatzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rödermark gemäß dem der Vorlage VO/0157/14-1 beigefügten Entwurf mitsamt der Ergänzung aus Ziffer 1. dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Zustimmung: FDP, FWR

Ablehnung: CDU, AL/Die Grünen, SPD

Enthaltung: /

Im Anschluss lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage des Magistrates abstimmen:

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderungssatzung zur 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Rödermark gemäß dem beigefügten Entwurf.

Abstimmungsergebnis: mit Mehrheit der gesetzlichen Stimmenzahl

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD

Ablehnung: FDP, FWR

Enthaltung: /

zu 5 Änderung der Satzung der "Stiftung Rödermark (Ober-Rodener Spendung)"

Vorlage: VO/0174/14

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Änderung der Satzung der „Stiftung Rödermark (Ober-Rodener Spendung) – 4. Änderung – gemäß dem beigefügten Satzungsentwurf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU, AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: /

zu 6 Städtebaulicher Vertrag Teil 2 zum Planvorhaben "Westlich des Bahnhofs"

Vorlage: VO/0184/14

Bürgermeister Kern begründet die Vorlage des Magistrates und erinnert an die Ausführungen zur Anfrage 3.2. Nach teils ausführlichen Stellungnahmen der Fraktionen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über die Vorlage des Magistrates mit folgendem Inhalt abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Abschluss des städtebaulichen Vertrages Teil 2 mit der Projektgesellschaft „Atrium am Ober-Röder Bahnhof mbH“ gemäß Anlage.

Die Kosten gehen zu Lasten des Vorhabenträgers.

Ein Anspruch auf einen Bebauungsplan oder gar auf einen Bebauungsplan bestimmten Inhalts wird mit dem städtebaulichen Vertrag nicht begründet.

Abstimmungsergebnis: mit Stimmenmehrheit angenommen

Zustimmung: CDU/ AL/Die Grünen, SPD, FWR

Ablehnung: FDP

Enthaltung: /

- zu 7 Verkauf des Grundstücks Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 386/2 mit 307 m² sowie den dazugehörigen KFZ-Stellplätzen Nr. 386/8 mit 33 m² zuzüglich 1/5-tel Miteigentumsanteil an der Gemeinschaftsfläche 386/11 und 1/4-tel Miteigentumsanteil von 386/10 zusammen 64 m² Erich-Kästner-Straße 38C - Projekt "Junge Familien"**
Vorlage: VO/0190/14

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Die Stadt Rödermark verkauft das Grundstück Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 386/2 sowie die dazugehörigen KFZ-Stellplätze auf dem Flurstück 386/8 zuzüglich 1/5-tel Miteigentumsanteil an der Gemeinschaftsfläche 386/11 und 1/4-tel Miteigentumsanteil von 386/10 mit zusammen 64 m², Erich-Kästner-Straße 38C, zusammen 404 m² an den in der Anlage genannten Interessenten.
Der Kaufpreis beträgt 270 €/m², insgesamt 109.080,00 €. Die Familie erfüllt die Voraussetzungen für das Förderprogramm für „Junge Familien“.
Alle im Zuge des Kaufvertrages entstehenden Kosten trägt der Erwerber.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU/AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: /

- zu 8 Verkauf der Grundstücke Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 346 Erich-Kästner-Straße 19 mit 671 m² und Nr. 347 Karl-May-Weg 10 mit 694 m²**
Vorlage: VO/0200/14

Die Beschlussfassung erfolgte unter TO A.

Die Stadt Rödermark verkauft die Grundstücke Gemarkung Urberach Flur 7 Nr. 346 Erich-Kästner-Straße 19 mit 671 m² und Nr. 347 Karl-May-Weg 10 mit 694 m² an den in der Anlage genannten Interessenten.
Der Kaufpreis beträgt jeweils 360,00 €/m², insgesamt 491.400,00 €.
Alle im Zuge des Kaufvertrages entstehenden Kosten trägt der Erwerber.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU/ AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR

Ablehnung: /

Enthaltung: /

- zu 9 Jahresabschluss 2013**
Vorlage: VO/0197/14

Der Tagesordnungspunkt bleibt im Geschäftsgang und wird geschoben.

zu 10 Entschuldungsfonds - Bericht erstes Halbjahr 2014
Vorlage: VO/0191/14

Der Tagesordnungspunkt bleibt im Geschäftsgang und wird geschoben

zu 11 Antrag der SPD-Fraktion: Sozialwohnungen
Vorlage: SPD/0207/14

Der Stadtverordneten Junge begründet den Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Durch diesen Antrag wurde eine wichtige Diskussion ausgelöst. Nach den Stellungnahmen aller Fraktionen zieht die SPD-Fraktion ihren Änderungsantrag zurück.

Der Änderungsantrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen wird zu einem interfraktionellen Antrag.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über diesen interfraktionellen Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses Familie, Soziales, Integration und Kultur und des Ausschuss für Bau, Umwelt, Stadtentwicklung und Energie ein Expertenhearing zum Sozialen Wohnungsbau in Rödermark durchzuführen.

Ziel der Veranstaltung soll sein, Möglichkeiten für den weiteren Sozialen Wohnungsbau in Rödermark auszuloten und Hilfestellungen für den weiteren Abwägungsprozess zu liefern.

Schwerpunktmaßig sollen die folgenden Fragestellungen erörtert werden:

- a) Welche Stellen im Stadtgebiet für sozialen Wohnungsbau bereitstehen und sich in besonderer Weise hierfür eignen.
- b) Unter welchen Bedingungen und finanziellen Auswirkungen sozialer Wohnungsbau in Rödermark möglich ist. Hierbei sind strategische Partnerschaften mit privaten, gemeinnützigen und caritativen Investoren in Erwägung zu ziehen.
- c) Für welche Zielgruppen besonderer Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen besteht.
- d) Einen möglichen besonderen Bedarf an barrierefreiem oder generationenübergreifendem Wohnraum darzustellen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU/ AL/Die Grünen, SPD, FDP,FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 12 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen:
Sicherstellung einer Vergabepraxis von Plätzen an Gymnasien im Kreis
Offenbach ohne Benachteiligung Rödermärker Kinder
Vorlage: CAL/0208/14**

Herr Hartung von der CDU-Fraktion begründet den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Andere Liste/Die Grünen, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion.

Nach einer intensiv geführten Diskussion schließt sich auch die Fraktion der Freien Wähler diesem Antrag an.

Die Stadtverordnetenvorsteherin lässt über den, nun interfraktionellen, Antrag in der Folge abstimmen.

- **Der Magistrat wird beauftragt, beim Landesschulamt – Staatliches Schulamt für die Stadt und den Kreis Offenbach am Main - auf die Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens bei den Plätzen an Gymnasien im Falle einer Überbelegung von Schulen hinzuwirken.**
- **Das Vergabeverfahren sollte sicherstellen, dass Kindern aus Kommunen des Kreises, in denen kein schulformbezogener gymnasialer Bildungsgang angeboten wird, in den Nachbarkommunen innerhalb des Kreises Offenbach mit einem solchen Angebot gleichberechtigt bei der Zuteilung von Plätzen berücksichtigt werden.**

Darüber hinaus soll das Staatliche Schulamt zeitnah in den Ausschuss für Familie, Soziales, Integration und Kultur eingeladen werden und dort seine Vergabekriterien darlegen und Entscheidungen sowie Entscheidungsspielräume erläutern

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU/ AL/Die Grünen, SPD, FDP, FWR
Ablehnung: /
Enthaltung: /

**zu 13 Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion Andere Liste/Die Grünen:
Apfelweinkultur
Vorlage: CAL/0209/14**

Der Stadtverordnete Gensert begründet den Antrag der CDU-Fraktion und Fraktion Andere Liste/Die Grünen. Nach den Stellungnahmen der Fraktionen lässt die Stadtverordnetenvorsteherin über den Antrag mit folgendem, geänderten Wortlaut abstimmen.

- 1. Die Wirtschaftsförderung der Stadt wird Bestrebungen, eine Kelterei für Apfelwein in Rödermark aufzubauen, unterstützen. Dies bezieht sich insbesondere auf die das Marketing und den Vertrieb von in Rödermark hergestellten Apfelwein.**
- 2. Gaststätten, Getränkeunternehmen, Vereine und Veranstalter von Festen werden aufgerufen, Apfelwein aus Rödermark anzubieten und in ihre Sortimente aufzunehmen.**
- 3. Der Magistrat wird beauftragt, weiter für den Zusammenhang der Herstellung von Äbbelwoi und dem Erhalt der für Rödermark typischen Streuobstwiesen zu wirken.**
- 4. Der Magistrat wird beauftragt, Aktivitäten zur Brauchtumspflege die im Zusammenhang mit dem Äbbelwoi stehen, verstärkt zu fördern.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zustimmung: CDU/ AL/Die Grünen, SPD, FDP

Ablehnung: /

Enthaltung: FWR

Ende der Sitzung: 22:15 Uhr

Für die Richtigkeit:

Susanne Morian
Schriftführerin

Brigitte Beldermann
Stadtverordnetenvorsteherin

Für die Ausfertigung:

Britta Buthe